Dienstag, 29. Mai 1923. **Einzelnummer 400 Mark.** 62. Jahrgang. Nr. 118.

Bezugspreis monatlich M. in der Geschäftsstelle 9500.— in den Ausgabestellen 9700.— durch Zeitungsboten 10000.— am Postamt ..... 10000.— ins Ausland 15000 poln. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher: 2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens .... 250.— M Reklameteil. 750.— M

Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 250.— p. M. Reklameteil 750.— p. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Die Liquidationskontrolle.

Das durch den Versailler Vertrag zur Kontrolle der polnischen Liquidationspraxis eingesetzte deutsch-polnische Schiedsgericht hat nunmehr endlich seine Tätigkeit begonnen. In der ersten am 5. Mai eröffneten Sitzungsperiode konnten bereits die wichtigsten grundsätzlichen Fragen behandelt werden; mit Genugtuung darf festgestellt werden, daß das Schiedsgericht die Handhabung der Liquidation durch die polnischen Behörden beanstandet hat. Zur Aburteilung lagen folgende Fälle vor:

1. Schadensersatzklage eines Gutsbesitzers, der auf die Aufforderung des Liquidationskomitees hin den sogenannten freihändigen Verkauf zum Verlustpreise vorgenommen hatte. Die Klage stützte sich auf die allbekannte Tatsache, daß das Liquidationskomitee seine Genehmigung zum freihändigen Verkauf von Bedingungen abhängig gemacht hat, welche mit Notwendigkeit den Käuferkreis stark einschränken mußten. Diese Bedingungen schließen bekanntlich jeden Ausländer vom Erwerb aus und fordern, daß der Erwerber dem polnischen Staat nicht feindlich gesinnt sei und das Gut nicht zu Spekulationszwecken erwerbe, beides objektiv nicht nachprüfbare Momente, welche tatsächlich die Genehmigung etwaiger Verträge ins Belieben des Liquidationskomitees stellen. Aus der Praxis ist ja auch bekannt genug, daß diese Bedingungen Polen deutscher Nationalität vom Erwerbe ausschließen sollten. Das Schiedsgericht hat sich den Rechtsausführungen des Klägers im wesentlichen anschlossen und in einem Zwischenurteil Beweis darüber erhoben, welchen Betrag der Kläger bei Verkauf seines Gutes erlöst haben würde, ohne jene nachteiligen Bedingungen. Daraus folgt, **daß nach Ansicht des Schiedsgerichts diese in der ständigen Praxis des Liquidationskomitees gestellten Bedingungen eine unbillige Beeinflussung des Liquidationserlöses darstellen**, für welche der polnische Staat schadenersatzpflichtig ist. Aus diesem Zwischenurteil ergibt sich weiter, daß der Liquidant nach Ansicht des Schiedsgerichts einen etwa dem Marktwert entsprechenden Preis verlangen kann, und daß der polnische Staat für die Differenz zwischen Marktwert und Liquidationserlös haftbar ist, wenn diese durch die unzulässigen Verkaufsbedingungen hervorgerufen ist. Auf die bei dieser Gelegenheit vom Schiedsgericht geübte sehr ausführliche Kritik an der polnischen Liquidationsgesetzgebung und Praxis wird später noch besonders eingegangen werden.

2. Am übelsten waren bei der Liquidation diejenigen Personen dran, die sich als polnische Staatsbürger betrachteten, deren Staatsangehörigkeit aber vom Liquidationsamt nicht anerkannt wurde; denn praktisch waren diese Personen schutzloser als die Liquidanten. Auch in diesen Fällen hat das Schiedsgericht eingegriffen von der Erwägung ausgehend, daß das Liquidationsproblem als solches vor das Schiedsgericht gehöre, und daß die neuen Bürger einer alliierten Macht nach dem Sinne des Versailler Vertrages mindestens dieselben Rechte haben müssen wie die Reichsdeutschen. Das Schiedsgericht hat seine Zuständigkeit für derartige Fälle grundsätzlich für den Fall der Liquidierung bejaht und die Haftung des polnischen Staats auf vollen Schadensersatz einschl. entgangenen Gewinns ausgesprochen, ein Vorgang, der gerade jetzt von allergrößter Bedeutung ist, wo kein Deutschstämmiger seiner Staatsangehörigkeit sicher sein kann.

Man sieht, daß schon die ersten Entscheidungen des Schiedsgerichts für den Schutz der deutschen Interessen in Polen einen gewaltigen Schritt vorwärts bedeuten. Es kann nicht ausbleiben, daß die polnische Liquidationspraxis diesen Entscheidungen Rechnung trägt, daß die Einseitigkeiten und Willkürlichkeiten, mit der trotz allen Einspruchs Deutschen gegenüber der Versailler Vertrag ausgelegt wird, abgestellt werden, und daß das polnische Schätzungsverfahren endlich die notwendigen Rechtskontrollen erhält, die ihm allein ein Vertrauen des Publikums sichern können. Niemand hat etwas dagegen, daß, wie der Ministerpräsident Sikorski ankündigte, das deutsche Vermögen nach den Vorschriften des Versailler Vertrages liquidiert wird, wohl aber muß gefordert werden, daß diese Vorschriften aufs genaueste eingehalten werden. Trotz der unzähligen an dieser Stelle vorgebrachten Warnungen hat sich der polnische Staat von einer Scharfmachergruppe dazu verleiten lassen, den Versailler Vertrag in der unhaltbarsten Weise auszulegen. Die Folge ist, daß er nunmehr die Beschämung erfährt, von internationaler Seite korrigiert und zum Schadenersatz verurteilt zu werden. Nachdem eine blindwütige Deutschenhetze sich darin gefallen hat, die berühmten Fensterscheiben einzuschlagen, kommt jetzt die lange Reihe der Milliarden-Rechnungen zum Vorschein, die den polnischen Staatsschatz gewaltig belasten werden.

Für den Deutschen in Polen gibt es aus alledem nur eine Folgerung, nämlich die: jetzt, wo endlich ein Rechtsschutz für das deutsche Vermögen in Polen gewonnen ist, mit den unsinnigen Verschleuderungen deutschen Vermögens aufzuhören. Wer auch jetzt noch verkauft, hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn er in Not und Elend gerät.

Rücktritt des Kabinetts Sikorski.

(Sonderbericht des „Posener Tageblattes.")

Warschau, 27. Mai. Ein großer Tag gestern, als es gelang, Herrn Sikorski und sein Kabinett zu stürzen und den Weg frei zu machen für eine „Regierung der rein polnischen Parteien", die sich um die nationalen Minderheiten nicht mehr zu kümmern braucht? Nein, ein kleiner Tag! Ein Tag der Enttäuschungen für jeden echten polnischen Chauvinisten. Ein Tag, der noch einmal zeigte, was jeder Vernünftige mit halbwegs klaren, nicht von allerhand Träumen benebelten Augen bereits wußte: Die Bedeutung der Tatsache, daß Polen in seinem Staatskörper — sagen wir mit den Herren der offiziellen Zählung — acht Millionen Nichtpolen trägt. (In Wahrheit — und nur auf diese kommt es an, wenn man kaltblütig Gegenwart und Zukunft des Staates beurteilen will — sind es mehr.) Gestern zogen die Rechte und die mit ihr verbündeten Bauern des Herrn Witos aus, um die Minderheiten politisch zu erschlagen. Zerschlagen aber wurde hierbei nur eine Regierung, und in Fetzen ging jeder regierungsfähige Block, auf den eine neue Regierung sich stützen könnte. Rechnet man mit größter Genauigkeit alles zusammen, was Herrn Witos, dem neuen Ministerpräsidenten, an Stimmen im Sejm zur Verfügung steht, so kommen wir auf 225 Stimmen, also ganze drei Stimmen mehr, als die Hälfte der Zahl der Sejmmitglieder. Was ist der Erfolg? **Jene mit gewaltigem Lärm angekündigte und mit so großer Anstrengung durchgeführte Aktion zur politischen Tötung der Minderheiten endet damit, daß die Minderheiten für das parlamentarische Leben Polens unentbehrlicher geworden sind, als je zuvor.** Keine Regierung wird auskommen können, ohne mit ihnen in kritischen Abstimmungsmomenten zu verhandeln. Und wir hören es in Kreisen, die dem neuen Ministerpräsidenten nahestehen, ganz offen aussprechen, daß man mit ihnen verhandeln werde. Wozu war also der ganze Lärm? Es sollte ein polnischer historischer Tag werden, der gestrige. Der Tag der Gründung der Regierung der polnischen Parteien. Es ist ein kleiner Tag geworden. Ein Tag, der die ganze Zerrissenheit des bisherigen politischen Verfahrens zeigte.

Was geschah? Zunächst einmal kam im letzten Augenblicke die Überraschung, daß Dąbski und mit ihm 16 Herren der Bauernpartei sich als linker Flügel von dieser abschied, offenbar, um eine neue Gruppe zu bilden, die die Politik des mit der Rechten verbündeten Herrn Witos nicht mitmacht, und dies zunächst dadurch zeigte, daß sie schon diesmal bei der Abstimmung für Sikorski eintrat. Ein schwerer Schlag für die neue Mehrheit der rein polnischen Parteien! Dann die Nationale Arbeiterpartei! Bis zum Tage der großen Diskussion war sie schwankend. Große Worte! Kampf gegen Minderheiten! Nationalstaat und kein Nationalitätenstaat. Negative Politik des Abbruchs! Kein einziges vernünftiges aufbauendes Wort. Noch weniger eine Handlung dieser Art. In sich ist die Partei gespalten. Die eine Hälfte — neun Mann, unter Popiel — ist für die Linke, die anderen neun Mann, unter Wachowiak, sind für rechts. Auf die nationalen Arbeiter kann sich die neue Regierung also nicht verlassen. Dann hat sie, wie schon mehrfach ausgeführt, die Gruppe der Posener Agrarier in ihrem Leibe, die äußerst mißvergnügt auf die Agrarreformpläne der neuen Verbündeten blicken. Und eine so geartete Regierung soll mit drei Stimmen Mehrheit auskommen, ohne auf die Minderheiten Rücksicht nehmen zu müssen!

Der Verlauf der Sitzung

zeigte folgendes Bild:

Zu Beginn sprach der Abgeordnete Thugutt von der Wyzwolenie über die Bombenanschläge einige würdige Worte des Abscheus und forderte von der Regierung energische Schritte zur Entdeckung der Täter. Dem Antrag schlossen sich sämtliche Mitglieder des Hauses ausnahmslos an.

Dann eröffnete der Nationaldemokrat Zdziechowski das Schießen. Er tat es kalt und sachlich. „Die Votierung des Budgets ist eine Vertrauenskundgebung. Dieses Vertrauen haben wir nicht. Also beantragen wir die Streichung der 350 Millionen Mark Dispositionsfonds für den Ministerpräsidenten und der 350 Millionen für den Außenminister."

Sämtliche Minister waren anwesend während dieser Worte. Sie saßen auf ihren Bänken, in feierlichen schwarzen Röcken, der Trauer der Stunde entsprechend.

Dann trat **Herr Sikorski**, ebenfalls in schwarzem Gehrock, zur Tribüne und sprach. Er sprach lange und mit scharf präzisierender Stimme. Aber was er sagt, war matt. Es klang wie eine Verteidigungsrede. Herr Sikorski hatte seine draufgängerische Frische verloren. „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen!", so klang es melancholisch in Herrn Sikorskis Rede. Und es gab Leute, die das für ein deutsches Sprichwort hielten und es Herrn Sikorski, der in Posen bei den Herren der Synode kein Deutsch verstand, verübelten. Noch bis zu seiner Schlußrede behielt Sikorski die unversöhnliche Haltung gegen die Minderheiten bei, die er, seit seine Stellung schwankend wurde, so sehr betonte. Und ebenso seine zur Schau gestellte Deutschfeindlichkeit. „Deutschland hat in der letzten Zeit 72 Polen ausgewiesen, meine Regierung aber dafür 150 deutsche Bürger aus Polen, vor allem alldeutsche Agitatoren!" Dann lobte Herr Sikorski die Tätigkeit seiner Regierung, und niemand wird bezweifeln, daß er mit vollem Rechte darauf stolz sein kann, daß er das Land vor Abenteuern **bewahrte, als die Litauer sich Memels bemächtigten, daß er die** Teilung des neutralen Streifens bei Wilna mit großer Kaltblütigkeit durchführte, daß er es war, der schon im Oktober in Paris den Besuch des Marschalls Foch vorbereitete, dessen guten Verlauf er nun rühmte, und anderes mehr. Schon gefährlicher war es, wenn er die Anerkennung der Ostgrenzen Polens ganz allein als das Werk seines Kabinettes schilderte. Stroński, der unversöhnliche Deutschenhasser und Antisemit, der ganz über die gewandte und scharfe Rethorik verfügt, zu der ihn seine Abstammung als Jude befähigt, hat hier Herrn Sikorski äußerst peinliche Dinge gesagt. „Vor neun Jahren," so meinte Stroński, „haben wir die Aktion schon begonnen, die zur Anerkennung der Grenzen führen sollte, und zwar an der Seite der Entente. Sie, Herr Sikorski, waren damals auf der Seite Deutschlands und Österreichs, und wenn diese Länder die Anerkennung der Grenzen ausgesprochen hätten, so wäre es in Wirklichkeit Ihrem Verdienste zuzuschreiben!" Dann verurteilte Stroński die Popularitätshascherei Sikorskis, der gesagt hatte, wenn man die Dispositionsfonds für den Minister verweigere, so sehe das gerade so aus, als wolle man die nötigen Summen für den Empfang von Foch, wozu ein Teil des Fonds diente, verweigern. Und Stroński machte Sikorski den Vorwurf, daß der Dollar während seiner Regierung von 18 000 auf 51 000 Mark gestiegen sei. Als ob Herr Stroński nicht wüßte, daß die polnische Mark in fatalster Weise an das Schicksal der deutschen Mark gebunden ist! Daß die deutsche Mark zusammenbrach, als die Franzosen in das Ruhrgebiet eindrangen und das deutsche Wirtschaftsleben ruinierten und daß die Polen also den Tiefstand ihrer Mark dem von den Geistesverwandten des Herrn Stroński so unterwürfig geliebten Frankreich zu verdanken haben!

Nur ein Mann fand den Mut, die Kehrseite der glanzvollen Tage des Foch-Besuches aufzuweisen. Der Sozialist Moraczewski. Er sagte, daß der Foch-Besuch die unangenehme Befürchtung erweckt habe, daß man in unerwünschte militärische Pläne hineingezogen werde, die zu allerhand Verwicklungen führen könnten und daß daher der Besuch ein Gefühl der Unsicherheit zurückgelassen habe.

Sikorski versuchte natürlich, alles, was sich während seiner Regierung zugetragen hatte, im schönsten Lichte erscheinen zu lassen. Selbstverständlich auch die wirtschaftliche Lage. Und doch war es gerade in den Tagen seiner Regierung, daß die schlimmste Krisis in der Industrie, vor allem in Lodz, hereinbrach, weil infolge der Entwertung der Mark und der Bemühungen der Landesdarlehnskasse, sie zu stützen, Gelder für Industriekredite nicht vorhanden waren und zahlreiche Lodzer Fabriken schließen mußten, weil sie ihre Arbeiter nicht bezahlen konnten. Sikorski rühmt, daß nur 150 000 Arbeitslose im Lande seien. Korfanty antwortet, indem er auf die Massen von Arbeitern hinweist, die, weil sie in Polen Beschäftigung nicht finden konnten, gezwungen waren, nach Frankreich auszuwandern.

Es war zu erwarten, daß sich sämtliche Minderheiten gegen die Regierung Sikorski erklärten. Die Juden taten das durch Dr. Reich. Sie verübelten ihm besonders, daß er den jüdisch-russischen Auswanderern, die vor der Sowjetgewalt flohen und die nach Amerika wollten, unmöglich machte, hier in Polen zu warten, bis sie die Einreiseerlaubnis nach Neuyork hatten. **Podhorski** von den Ukrainern stimmte gegen Sikorski, wie die Ukrainer gegen jede Regierung stimmen würden, die die Bürger eines Volkes als zweitklassig behandelt, das seit Jahrhunderten seine Landstriche bewohnt und dort 80 bis 90 Prozent der Bevölkerung ausmacht. Die Deutschen gaben durch Kronigk eine Erklärung ab, die auf die Posener Entdeutschungsrede Sikorskis hinweist, auf die Unterdrückung der Rechte der deutschen Ansiedler, auf die unerträgliche Atmosphäre in Oberschlesien, auf die dortigen Anschläge gegen deutsche Führer. **Wenn die Regierung ihre Politik mit der angeblichen Unloyalität der Deutschen begründe, so solle sie die einzelnen Fälle, wenn sie wirklich imstande sei, solche vorzuweisen, vor Gericht ziehen, aber nicht generalisieren.**

Der Beschluß, der die Regierung Sikorski retten sollte, war von den Sozialisten formuliert worden. Er lautete: Der Sejm möge darauf achten, daß die neue Regierung auf den verfassungsmäßigen Grundsätzen der Demokratie und der Gleichberechtigung aller Bürger aufgebaut werde, aber nicht nach den Interessen einiger Parteien und privaten Verbindungen gebildet werden, die Polen schon seit Monaten im Zustand der Krisis halten. Der Sejmmarschall fand, daß die Annahme dieser Formel unzulässig sei, da nur der Staatspräsident das Recht habe, zu entscheiden, welche Regierung er berufen wolle. Die Formel wurde abgelehnt, wie zu erwarten war.

Die Bildung der neuen Regierung

wird voraussichtlich in den allernächsten Tagen vollendet sein. Am Sonnabend begab sich nach der Unterredung des Staatspräsidenten mit dem General Sikorski der Chef der Zivilkanzlei des Präsidenten in den Sejm und bat die Vorsitzenden derjenigen Parteien, die die Regierung gestürzt haben, nach dem Belvederepalast. Zur Konferenz erschienen die Abgg. Głąbiński, Korfanty, Stroński und Witos. **Der Staatspräsident trug dem Abg. Witos die Neubildung der Regierung an.** Abg. Witos bat sich Bedenkzeit aus und nahm am Nachmittag die Mission an. Am Abend fand eine Konferenz mit dem Vorsitzenden der Mehrheitsparteien und den Ministerkandidaten statt.

Die Zusammensetzung der neuen Regierung

wird aller Wahrscheinlichkeit nach folgende sein: Ministerpräsident — **Witos** (poln. Volkspartei), Inneres — **Kiernik** (poln. Volkspartei), Hauptlandamt — **Osiecki** (poln. Volksp.), öffentliche Arbeiten — **Łopuszański**, Kultus — **Głąbiński** (Nat. Volksverband), Äußeres — **Marjan Seyda** (Nat. Volksverband), Handel und Industrie — **Kucharski** (Nat. Volksverband), Landwirtschaft — **Gościcki** (Nat. Volksverband), Heer — **Sosnkowski** oder **Szeptycki**, Justiz — Stan. **Nowodworski** (Christl. Demokratie) oder **Juliusz Makarewicz** (Professor an der Lemberger Universität (Christl. Demokratie), Finanzen — **Grabski**, Post — **Moszczyński**, Eisenbahn — **Czarliński**, Arbeit und öffentliche Fürsorge — **Darowski**, Sanitätswesen — **Bujalski**.

Die Abstimmung in der Sonnabendsitzung des Sejm.

Im ganzen wurden 402 Stimmen abgegeben. 117 Stimmen sprachen sich für bedingungslose Annahme des Staatshaushaltsprovisoriums aus, dagegen 279 für Streichung der Dispositionsfonds des Ministerpräsidenten und des Außenministers. Für die Regierung Sikorski stimmten die Nationale Arbeiterpartei, die Wyzwoleniegruppe, die Dąbskigruppe und die Sozialisten. Gegen sie die Gruppen der „Acht", die Polnische Volkspartei und die nationalen Minderheiten.

Unmittelbar nach Bekanntwerden des Abstimmungsergebnisses verließen die Mitglieder der Regierung den Saal. Kurz darauf erschien Ministerpräsident Sikorski mit sämtlichen Ministern beim Staatspräsidenten und überreichte ihm das Rücktrittsgesuch des Kabinetts. Das Rücktrittsgesuch wurde angenommen.

Die neue Dąbskigruppe

hielt am Sonnabend nach der Vollsitzung des Sejm ihre erste Fraktionssitzung ab und teilte dem Sejmmarschall und der Sejmkanzlei die Gründung der neuen Fraktion mit. Der aus der Polnischen Volkspartei heraus entstandenen neuen Gruppe gehören 14 Abgeordnete an: Antoni Anusz, Antoni Bejak, Jan Dąbski, Adolf Dubrownik, Władysław Fijałkowski, Bogusław Miedziński, Karol Polakiewicz, Jan Poznański, Bronisław Wędziopolski, Władysław Wojtowicz, Tomasz Wilkoński, Karol Wojewoda, Henryk Wyżykowski, Alexander Bogusławski. Von den Senatoren gehören zu der neuen Fraktion zwei: Bronisław Krzyżanowski und Bolesław Wysłuch. Den Vorstand der Fraktion bilden: Dąbski (Vorsitzender), Fijałkowski (Schriftführer), Bogusławski (Schatzmeister.)

Ausschließung eines Fraktionsmitgliedes.

Der Vorstand der Piastenpartei hat Dr. Władysław Jampolski, der Redakteur des „Kurjer Lwowski" gewesen ist, aus der Partei gewiesen, weil er ständig gegen die polnische Sejmmehrheit aufgetreten ist.

Die bevorstehenden Reisen des Staatspräsidenten.

Staatspräsident Wojciechowski, der in den ersten Tagen des Juni in Lodz und Posen weilen wird, begibt sich am 15. Juni nach Krakau und von dort am 17. Juni nach Kattowitz.

Der Etat des Ministerratspräsidiums.

Nach dem Haushaltsvoranschlag für das laufende Jahr soll die Unterhaltung des Ministerratspräsidiums 5 529 000 Złotys kosten. Das Präsidium des Ministerrates umfaßt, abgesehen vom Zentralvorstand, die Generalprokuratur, das Statistische Hauptamt, den „Monitor Polski" und die Polnische Telegraphen-Agentur. Der Etat des Zentralvorstandes für das laufende Jahr beträgt 77 Beamte, derjenige der Generalprokuratur 258, des Statistischen Hauptamtes 266, des „Monitor Polski" 18 und der „Pat" 123 Beamte.

Der Rücktritt des Präsidenten des Hauptlandamtes.

Das vom Vorsitzenden des Hauptlandamtes, Ludkiewicz, am Sonnabend eingereichte Rücktrittsgesuch ist vom Staatspräsidenten am Sonntag angenommen worden. Gleichzeitig wurde Ludkiewicz die Weiterführung der Geschäfte bis zur Ernennung seines Nachfolgers übertragen.

Der Etat der Staatskontrolle.

Das Budget für 1923 sieht zur Unterhaltung der Staatskontrolle 1 234 Tausend Złoty. in den ordentlichen Ausgaben, 301 Tausend Złoty in den außerordentlichen Ausgaben vor. Die Oberste Kontrollkammer zählt im laufenden Jahr 290 Beamte. Im Vergleich zum Vorjahre beträgt die Vermehrung 62 Etats.

Die Ausgaben und die Einnahmen des Staates im April.

Die Staatsausgaben betrugen im April 813 Milliarden, während sich die Einnahmen auf 532 Milliarden beliefen. 81 Milliarden des Defizits, das 281 Milliarden beträgt, werden durch den Erlös aus dem Verkauf der Złotybons, 100 Milliarden durch eine Anleihe in der polnischen Reichsbank gedeckt.

Pressestimmen zum Sturz der Regierung Sikorski.

Der „Kurjer Polski" nennt das Abstimmungsergebnis am Sonnabend eine Paradoxon, da der Sturz Sikorskis keine Aenderungen in der inneren Lage bringen werde. Die Gestalt des zurücktretenden Ministerpräsidenten sei eine unermeßlich hervorragende Individualität im politischen Leben Polens.

Der „Kurjer Poranny" sieht ein entgegenkommenderes Verhältnis der neuen Regierung zu den nationalen Minderheiten voraus. Die Lage der neuen Regierung werde der Lage der bisherigen Regierung ähnlich sein.

Die „Rzeczpospolita" hebt hervor, daß in der Sonnabendabstimmung die polnische Mehrheit zum ersten Mal als ein selbstentscheidender Faktor auf den Schauplatz getreten sei. Ihr Bestehen werde sich nach der Herbeiführung einer Verständigung und der Beseitigung der Privilegierungen, die berechtigte Einwände hervorrufen, stärken.

Der „Kurjer Warszawski" führt aus, daß die ausdrückliche Verantwortlichkeit der Sjemparteien geradezu eine Bedingung der öffentlichen Gesundheit sei. „Wir streben nach deutlicher Verantwortlichkeit, nach bestimmten Programmen, nach fundamentalem Aufbau und nach dem Ende der Provisorien."

Die „Gazeta Warszawska" erklärt, daß die Hauptursache aller bisherigen Gebrechen die innere Zerrissenheit und der Mangel Konsolidierung gewesen sei, der häufig ganze Energiemassen vernichtete. Der Sonnabend werde der Beginn einer Periode der schaffenden Staatsarbeit unter der Parole der Staatskonsolidierung und des Nationalinteresses sein.

Der „Robotnik" stellt fest, daß die Linke eine gemäßigte demokratische Regierung verteidigt habe, die sich bemühe, in sozialen Konflikten eine vermittelnde Stellung einzunehmen, und die sich um die allgemeinen Staatsinteressen bekümmerte. Die polnische sozialistische Partei habe sie als eine Regierung der konstitutionellen Ordnung und als eine Wehr gegen die Reaktion unterstützt.

Die Warschauer Bombenanschläge.

Ein neuer Anschlag.

Am Freitag abend gegen 11 Uhr explodierte in Warschau am Nowy Swiat 21 eine Bombe. Am Tatort trafen ein Zug der Feuerwehr und Polizeiabteilungen mit den Oberkommissaren Sonnenberg, Piątkiewicz und Zieliński an der Spitze ein. Es wurde festgestellt, daß die Bombe unter die Tür des Lokals des jüdischen Akademikerheims (Strzecha akademicka) gelegt worden war. Zum Glück gingen die Erwartungen der Anstifter nicht in Erfüllung, denn die Wirkung der Bombe war nur gering. Nur die Eingangstür zur „Strzecha" wurde etwas beschädigt.

Der Verwaltungsausschuß des Sejm

beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit den sich mehrenden Bombenanschlägen. Der Abg. Wierszak vom Nat. Volksverband beantragte die sofortige Beratung über die aktuelle Frage, und die Aussprache, die diesem Antrage folgte, führte unter anderem dazu, daß zwei vom Ministerpräsidenten in die Ausschußsitzung entsandte hohe Polizeibeamte angehört wurden: der Direktor des Sicherheitsdepartements Bilski und der Vertreter des Oberkommandos der Staatspolizei Behcz. Sie erklärten, daß die Polizei dadurch schon auf einige Spuren gekommen sei. Die Abgeordneten waren sämtlich der Überzeugung, daß die Anschläge einen politischen Hintergrund hätten. Die Abgeordneten der Linken sprechen die Ansicht aus, daß die Täter unter den Anhängern der rechtsstehenden Parteien zu suchen wären; die Vertreter der rechtsstehenden Parteien waren der entgegengesetzten Ansicht. Der Abg. Grünbaum von der jüd. Sejmfraktion fragte, warum eigentlich erst die letzten Anschläge das große Interesse des Parlaments hervorgerufen hätten, während der Sejm auf die ersten Bombenattentate überhaupt nicht reagiert hätte. Eine Antwort wurde nicht gegeben. Angenommen wurde ein vom Abg. Kiernik unterstützter Antrag des Abg. Korfanty: Der Ausschuß vertagt die Aussprache über die Frage der Täterschaft und bittet den Herrn Innenminister um eine auf das gesamte vorhandene Material gestützte Aufklärung.

Eine Erklärung der polnischen studierenden Jugend.

Der Vollzugsausschuß des zweiten Generalkongresses der polnischen akademischen Jugend erklärt den Anschlag auf den Sitz der „Bratnia Pomoc" in der Universität für einen speziell gegen die polnische akademische Jugend gerichteten Terrorakt und stellt im Namen der Allgemeinheit und der Jugend fest, daß sie kaltes Blut bewahren und weiterhin zum Wohle des Volkes und Staates arbeiten werde. Solche Anschläge seien nur ein Ansporn zu einer noch konsequenteren und mutigeren Bekämpfung der Anarchie.

Verhaftung zweier Verdächtiger.

Die Untersuchung hat die Festnahme zweier arbeitsloser junger Leute, deren Einnahmequellen unbekannt sind, zur Folge gehabt. Die Polizei beschlagnahmte bei der Haussuchung fünf Bomben. Weitere Untersuchungen sind im Gange.

Franzosen und deutsche Kommunisten.

Ein Artikel der „Times" betont die Notwendigkeit, daß die neue englische Regierung ihre ganze Aufmerksamkeit der allgemeinen europäischen Lage zuwenden müsse, die von Tag zu Tag schlimmer werde, namentlich hinsichtlich der Beziehungen zwischen Deutschland und den Alliierten. Man müsse mit der Tatsache rechnen, daß die französische Regierung an ihrer Ruhrpolitik festhalte und dabei auch die entschiedene Unterstützung der französischen Kammer finde. Auch die letzte französische Regierungskrise dürfe darüber nicht hinwegtäuschen. Was die deutsche Regierung zu tun beabsichtige, sei unbekannt. Vom englischen Standpunkt aus müsse jedoch verlangt werden, daß die deutsche Industrie in der Garantiefrage mit herangezogen werde.

Die Unruhen in Deutschland dürften sich nicht ausbreiten. Die Franzosen dürften diese Unruhen nicht zulassen in einem Gebiet, das sie selbst der Polizei beraubt hätten. Die Ermunterung der kommunistischen Bewegung seitens Frankreichs sei ein Fehler, den bereits Deutschland in Rußland begangen und später bitter bereut habe. Die untätige Haltung der Franzosen gegenüber den Unruhen bedeute eine große Gefahr nicht allein für Deutschland, sondern letzten Endes für Frankreich selbst. Eine bloß abwartende Politik, die immer von neuen Gewaltmaßnahmen begleitet sei, müsse immer tiefer ins Chaos hineinführen. Es sei zu hoffen, daß die Verhandlungen der französischen und belgischen Minister einen neuen Weg Weg finden werden. Der ganze Artikel der „Times" machte einen recht resignierten Eindruck. Im sozialistischen „Daily Herald" wird mitgeteilt, daß in Berliner unterrichteten Kreisen bereits vor drei Wochen die gegenwärtigen Unruhen vorausgesagt wurden, und man vor den gefährlichen Bestrebungen der Franzosen warnte.

Die Franzosen gegen die Verstärkung der Polizei.

General Denvignes hat das Gesuch der deutschen Behörden, die Verstärkung der Polizei wegen der Kommunistenunruhen zu genehmigen, abgelehnt. Der Vertreter des Düsseldorfer Regierungspräsidenten ist daraufhin beim General Degoutte vorstellig geworden.

Eine „wahnsinnige" Politik.

„Westminster Gazette" schreibt, die deutschen Behörden seien, da ihre Polizei aus diesem Gebiet weggeschickt wurde, nicht in der Lage, solchen Unruhen entgegenzutreten. Die Franzosen könnten nicht neutral bleiben, wie sie es jetzt täten. Entweder müßten sie die Verantwortung für die Ordnung im Gebiet, das sie besetzt haben, übernehmen, oder sie müßten diese Verantwortung anderen übertragen. Poincaré könne nicht zu gleicher Zeit zurücktreten wollen, weil die Kommunisten in Frankreich nicht mit Strenge bestraft werden, und ihnen gestatten, im Ruhrgebiet zu tun, was ihnen gefalle. Es gebe französische Publizisten, die jede Bewegung begrüßen, die Deutschland zu ruinieren drohe, da sie der Ansicht seien, daß die deutsche Regierung in panischer Furcht alle Bedingungen annehmen werde. Dies sei nicht nur eine kurzsichtige, sondern eine wahnsinnige Politik.

Höllein „provisorisch" freigelassen.

Es bestätigt sich, daß der in Paris seit Beginn der Besetzung verhaftete deutsche Reichstagsabgeordnete Höllein provisorisch in Freiheit gesetzt worden ist, jedoch verbleibt er bis auf weiteres im Hospital, weil er sich zur Verfügung des Ministers des Innern halten muß, namentlich aber wegen seines geschwächten Gesundheitszustandes.

Aufschub der belgisch-französischen Beratungen.

Die für den Sonntag in Aussicht genommenen Beratungen Poincarés mit den belgischen Ministern Theunis und Jaspar haben nicht stattgefunden, da Jaspar an einem Halsübel erkrankt ist und Theunis allein nicht kommen wollte. Der belgische Gesandte in Paris brachte jedoch ein Schriftstück, in dem neue Reparationsanträge niedergelegt sind, die besonders die tatsächlichen Hilfsquellen Deutschlands und die Garantien betreffen.

Japan will die Sowjets anerkennen.

Nach einer Meldung des „Echo de Paris" haben Joffe und Goto ein neues Handelsabkommen zwischen Rußland und Japan abgeschlossen. Japan verlangt weitgehende Garantien zum Schutz seiner Interessen in Sibirien. Die Sowjetregierung verlangt dagegen ihre völlige Anerkennung. Es heißt, daß Japan zum Abschluß dieses Vertrages sich habe bewegen lassen, weil es den Ausbau des englischen Flottenstützpunktes Singapore mit Besorgnis betrachtet.

Frau Else.

Die Geschichte einer Ehe.

Von L. v. Rohrscheidt.

(31. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Hans-Otto hob sie vor sich auf das Pferd, an dessen Mähne sie sich glückstrahlend festhielt. Das Brüderchen sah sehnsüchtig herauf.

„Gib mir den Jungen, Else, er hat noch Platz."

Sie trat erschrocken einige Schritte zurück. „Nein, das ist mir zu ängstlich." Fest preßte sie den Kleinen an sich, als wenn ihn ihr jemand entreißen wollte.

„So gib mir doch den Jungen, er heult sonst gleich los." — Auf des Rittmeisters Gesicht sammelten sich schon Wolken, nur des Großherzogs Gegenwart verhinderte einen heftigen Ausfall. Er begnügte sich indes, die Achseln zu zucken und mit der ungeduldigen Annemi anzutraben. Wölfchen war allerdings sehr enttäuscht; seine rote Unterlippe verzog sich zu einem bedenklichen „Schnüppchen".

„Vertraust Du ihn mir an?" bat Rainer und beugte sich herunter, um das weiße Spitzenbündelchen liebevoll in Empfang zu nehmen.

Ganz stolz und aufrecht saß das Kind und patschte glücklich lachend den Hals des Pferdes. „Reiterblut!" meinte der Großherzog anerkennend. „Aber, gnädige Frau, dem unerfahrenen Junggesellen geben Sie das Kind, das Sie dem eigenen Vater nicht anvertrauen wollten?"

Ihre leuchtenden Augen sahen mit dem Blick vollsten, bedingungslosen Vertrauens auf den Schwager. „Ich weiß, daß der Junggeselle lieber sein Leben opferte, als daß er dem Kleinen etwas geschehen ließe, und mein Mann konnte doch nicht zwei Kinder hüten."

„Ich bin auch so stolz, als wenn ich den Ritterschlag empfangen hätte," scherzte Rainer, der auch um den Grasplatz getrabt war, und reichte das jauchzende, strampelnde Kerlchen so vorsichtig wie nur möglich der Mutter wieder herunter.

Sie hat ein ganz anderes Gesicht, wenn sie mit ihm spricht, und ihre Stimme klingt wie Musik, wenn sie ihn anredet, dachte der Fürst; bemerkt es denn niemand außer mir? „In welchem Rennen reiten Sie mit?" wandte er sich an seinen Wirt, der abgestiegen war und sein Töchterchen allein unter Christians Schutz in den Stall traben ließ.

„Eure Königliche Hoheit belieben grausam zu scherzen," entgegnete er. „Mit meinem Gewicht, 180 Pfund, kann ich nicht mehr in den Rennsattel steigen; die Pferde gehen heute beide unter meinem Bruder; diese Weidengerte hat ja trotz ihrer Länge noch leichtes Gewicht. Ich bitte mir aber aus, daß Du mir wenigstens einen Preis bringst," rief er dem Jüngeren zu, „Du hast die beiden besten Pferde im Regiment unter Dir."

„Ich will mein Möglichstes tun," versprach Rainer.

* * *

Ein Rennplatz, wenn er auch in einem weltabschiedenen Provinzstädtchen liegt, bietet immer ein hübsches, belebtes Bild. Die Tribüne war mit Fahnen und Kränzen geschmückt und besetzt von einem Flor blühender Mädchen und Frauen in duftigen Sommerkleidern. Auf dem Sattelplatz wurden die edlen Tiere herumgeführt und von ihren Besitzern noch gemustert.

„Na, Kleiner, Du weißt, wie Du es zu machen hast," sagte der Rittmeister zu seinem Bruder, der in leicht vornüber geneigter Rennhaltung auf dem wunderschönen Fuchs saß, dessen goldiges Fell in der Sonne weithin glänzte. „Gleich die innere Seite nehmen und verhalten, bis das Ziel in Sicht ist; dann aber los. Der Jimbo läßt Dich nicht im Stich."

Rainer nickte einverstanden; er hakte die Schöße seines Ueberrocks zusammen und grüßte nach der Tribüne hin, wo für den Großherzog und seine Begleitung die untere Reihe vorbehalten war, durch Samtstühle aus dem Kasino ausgezeichnet. Sein Blick suchte weniger den Fürsten als die weiße Frau, die den Eckplatz, der die beste Aussicht gewährte, einnahm. Wie ein kaum erblühtes Mädchen sah sie aus! Das schlicht gearbeitete, tadellos sitzende weiße Tuchkleid verriet den besten Schneider, ihr Gesicht war beschattet von einem großen, hellen Hut mit lang herabnickender Feder, die wie ein Schleier auf dem tiefdunklen Haarknoten lag.

Else wunderte sich, daß ihr Herz heute ängstlich klopfte. Im ersten Jahre ihrer Ehe war Hans-Otto noch öfter mitgeritten, und niemals war ihr der Gedanke an eine Gefahr gekommen. Sie war ja selbst eine so sichere Reiterin, die ganz andere Hindernisse nahm, als sie hier aufgebaut waren; aber heute folgten ihre Blicke mit Unruhe der schlanken, geschmeidigen Gestalt ihres Schwagers, der in den Bügeln stand und den Sattel kaum berührte.

Die Töchter des Obersten saßen dicht hinter ihr. „Jetzt passen wir auf," flüsterte Frau Herma. „Ich wollte, der junge Biegeleben stürzte, damit ich sehen kann, was sie für ein Gesicht dazu macht."

„Pfui, Herma, wie abscheulich!"

„Er braucht sich ja nichts zu tun, ich möchte nur ihren Schreck beobachten."

„Du beurteilst sie ganz falsch," flüsterte Frieda zurück, „sie würde sich auch niemals verraten!"

Der menschenfreundliche Wunsch der Frau v. Bergwitz brachte Rainer aber Glück; das Rennen lag von Anfang an sicher für Jimbo, der den anderen Pferden weit überlegen war; ungetrieben, von Peitsche und Sporen nicht berührt, flog er über Gräben, Hecke und Koppelricke fort, als Erster durch das Ziel hindurch.

Rainer war so beliebt, daß ihm jeder die Freude gönnte; die anderen Preise blieben jedoch dem Regiment.

„Mich ärgert es, daß ein Infanterist den schönen Becher bekommt," sagte Frau Herma ziemlich laut hinter Else.

Diese wandte sich um. „Seien Sie nicht so traurig darüber; es bleibt immer das Kavalleristenpferd, das gesiegt hat."

„Gewiß, und Ihrem Herrn Gemahl das Verdienst, es zugeritten zu haben," entgegnete Herma spitz.

Frau v. Rotberg verteilte den Damenpreis, die übrigen Preise reichte der Großherzog, der selbst den goldenen Becher gestiftet hatte. Er schüttelte den Siegern kräftig die Hand und sprach einige liebenswürdige Worte. Ihn interessierten die Rennen ebensowenig wie den Schah Nassr Eddin von Persien. Aber es war nun einmal eine notwendige Standespflicht, der er sich bereitwillig unterzog. (Fortsetzung folgt.)

Schlageter in Düsseldorf erschossen.

Die Hinrichtung des vom französischen Kriegsgericht wegen Sabotageaktes zum Tode verurteilten Kaufmanns Albert Leo Schlageter ist am 26. Mai früh 4 Uhr am Rande des Nordfriedhofes in Düsseldorf von französischem Militär durch Erschießen vollstreckt worden. Wie verlautet, ist Schlageter, dem erst um 3 Uhr Mitteilung von der bevorstehenden Hinrichtung gemacht wurde, völlig gefaßt in den Tod gegangen. Anwesend bei der Hinrichtung waren sein Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Sengstock und zwei katholische Geistliche.

Die Anklage warf Schlageter und seinen Genossen vor, im März und April dieses Jahres im Ruhrgebiet Nachrichten gesammelt, Berichte und Schriftstücke an deutsche Behörden übermittelt, Anschläge gegen Angehörige der französischen Besatzung und Beamte der Alliierten verübt, einen Bahnkörper durch Sprengkörper zerstört zu haben. Sämtliche Angeklagten stellten die ihnen zur Last gelegten Handlungen in Abrede und behaupteten, daß entgegenstehende Aussagen ihnen von den französischen Kriminalbeamten abgepreßt worden seien. Beweise wurden seitens des Kriegsgerichts nicht erbracht. Gleichwohl lautete das Urteil gegen Schlageter auf Erschießung, gegen den Kaufmann Sadowsky auf lebenslängliche Zwangsarbeit und gegen die übrigen Angeklagten auf langjährige Zwangsarbeit oder Gefängnis. Schlageter wandte das letzte Mittel an und reichte ein Gnadengesuch ein. Dieses wurde abgelehnt. Das Todesurteil wurde ohne Aufschub vollstreckt.

Die Franzosen sagen so gerne, die Deutschen hätten es nach 1870/71 während der Besatzungszeit in Frankreich nicht anders gemacht wie sie selbst heute im Ruhrgebiet. Diese Behauptung stellt die Tatsachen geradezu auf den Kopf: Als zwei Angehörige der deutschen Besatzungstruppen 1872 von französischen Zivilisten hinterrücks ermordet wurden, überließ die deutsche Militärbehörde im besetzten Gebiet **französischen Gerichten** die Aburteilung und als die französische Regierung in einem Justizverfahren allen schlüssigen Beweisen zum Trotz **die Mörder freisprach, hat die deutsche Regierung unter Bismarck nicht im geringsten daran gedacht, in die französische Fehljustiz einzugreifen. Und was geschieht heute im Ruhrgebiet?** Ihren Landsleuten von damals billigten die Franzosen, obwohl ein Doppelmord vollzogen und die Schuldigen einwandfrei festgestellt waren, wegen der vaterländischen Motive der Tat Straffreiheit zu — den Deutschen, der keinen Mord begangen und die Absicht zu einem solchen entschieden abstreitet, verurteilen sie zum Tode. Das ist, so muß man doch wohl sagen, das Gegenteil von Gerechtigkeit, das ist ein von unversöhnlichem Haß und ärgster Rachsucht zeugendes Verhalten. Es ist kaum anzunehmen, daß das französische Volk in seiner Gesamtheit dieses Verhalten billigt.

Entspannung der Lage im Orient?

Kriegerische Vorbereitungen.

Nach einer Meldung des „Matin" aus Athen hat die türkische Zivilbevölkerung Adrianopel geräumt. Nach dem „Excelsior" treffen die Griechen in Saloniki umfassende militärische Vorbereitungen. So seien dort zahlreiche Offiziere und Stäbe eingetroffen, die sich sogleich an die „Front" begeben haben. Man rechnet mit der Möglichkeit, daß man binnen weniger Tage vor ernsten Ereignissen stehen könne. Auf griechischer Seite seien alle Kriegsvorbereitungen bereits so weit gediehen, daß eine besondere Mobilisierung nicht mehr erforderlich sei. Aus Lausanne liegen Meldungen vor, die erkennen lassen, daß **die Entscheidung zwischen Krieg oder Frieden noch immer in der Schwebe liegt.** Die französische Regierung übt nach hiesigen Blättermeldungen auf die Türken nach wie vor in Lausanne einen starken Druck aus, um sie zur Mäßigung zu bringen.

Die Türkei nimmt die Abtretung von Karagatsch an.

Reuter meldet aus Konstantinopel: Die Regierung von Angora hat das Angebot betreffend Abtretung von Karagatsch (gegenüber Adrianopel) an die Türkei angenommen unter der Bedingung, daß Griechenland außerdem eine große Summe für den Unterhalt obdachloser mohammedanischer Bewohner von Jonien bezahlt. Die öffentliche Meinung in Angora will keinen Schritt weiter tun. Man sah bei der gegenwärtigen verworrenen Lage in Lausanne mit der größten Spannung der am 26. d. Mts. angesetzten Aussprache zwischen den griechischen und türkischen Delegierten entgegen, von der, wie man annimmt, das ganze Schicksal der Orientkonferenz abhängt.

Verständigung zwischen Griechen und Türken?

Auf der Sitzung der Kommission der Sachverständigen unter Teilnahme der Delegationsführer der Alliierten kam es, wie Pat. meldet, zu einer Verständigung zwischen Griechenland und der Türkei in der Frage der Entschädigungen. Diese Frage soll durch das territoriale Zugeständnis Griechenlands zugunsten der Türkei erledigt sein. Nach Schluß der Sitzung erklärte Venizelos, daß gegenwärtig der Abschluß des Friedens gesichert ist. Auch in Konstantinopel herrscht große Befriedigung.

Die Rüstungsausgaben der Tschechoslowakei

$12\frac{1}{2}$ Milliarden.

Die Staatsausgaben der tschechoslowakischen Republik haben sich von ca. 7 Milliarden im Jahre 1919 auf 24 Milliarden im Jahre 1923 gesteigert. Die Ursachen dieser ungeheuren Ausgabensteigerung, die um so bedeutender ist, als der Kurs der Tschechenkrone heute höher ist als 1919, sind, abgesehen von der während der ersten Nachkriegsjahre auch in der Tschechoslowakei eingetretenen Geldentwertung und anderer den Staatshaushalt belastenden Einflüsse der Übergangswirtschaft vor allem die Militärausgaben und der hohe Personalstand der Staatsverwaltung.

Für Militärzwecke wurden während der Jahre 1919—1923 nachstehende Beträge angefordert:

1919: 1282 Mill. Kc. im Hauptbudget und 458 im Nebenbudget,
1920: 1212 und 1152 Mill. Kc.,
1921: 2337 und 225 Mill. Kc.
1922: 3109 Mill. Kc.,
1923: 2775 Mill. Kc.

Im ganzen wurden also seit Bestehen des tschechischen Staates $12\frac{1}{2}$ Milliarden Kronen für militärische Zwecke ausgegeben.

Hierzu kommen noch militärische Investitionen, die sich 1921 auf 120, 1922 auf 168 und 1923 auf 170 Millionen Kronen beliefen, ferner Kredite für besondere Zwecke im Betrage von ca. 1,5 Millionen Kronen und die Kosten der tschechoslowakischen Legionen, die während des Krieges und unmittelbar nach dem Umsturze im Auslande aufgestellt wurden.

Infolge der außerordentlichen Vermehrung der Staatsangestellten betragen die Personalausgaben im Jahre 1923 ca. 40 Prozent der Gesamtausgaben gegenüber 30 Prozent im alten Österreich.

Mac Kenna wird englischer Schatzkanzler.

Baldwin hat in Aussicht genommen, Mac Kenna zum Schatzkanzler zu machen. Dieser war Schatzkanzler im Ministerium Asquith und nahm den Abschied, als Lloyd George Premier wurde. Da Mac Kenna zur Zeit in der Gesundung von einem schweren Typhusfieber begriffen ist, so wird Baldwin einstweilen den Posten des Schatzkanzlers selbst versehen. Mac Kenna ist der anerkannte Führer der City, man weiß, daß er das Reparationsproblem sachlich beurteilt. Das Pariser „Journal" erklärt, daß der in Aussicht genommene Schatzkanzler zwar mit einigen von Frankreich angewandten Mitteln nicht einverstanden sei, aber doch dem französischen Standpunkt sehr nahe stehe, namentlich, was die Frage der interalliierten Schulden anbelangt.

Lord Cecil Großsiegelbewahrer.

Als neues Mitglied wurde durch Baldwin Lord Robert Cecil ins Kabinett berufen und zwar nicht, wie anfänglich beabsichtigt, als „Kanzler des Herzogtums Lancastes", sondern als „Großsiegelbewahrer, was natürlich bloß ein historischer Titel ist. Den Kanzlerposten von Lancaster erhielt Davidson, der parlamentarische Privatsekretär Bonar Laws.

„Der verhängnisvolle Drang nach Genf."

Die Ernennung Lord Robert Cecils zum „Großsiegelbewahrer" im Kabinett Baldwin erregt in Frankreich große Bedenken. Seine Haltung in der Saarfrage hat stark verstimmt, und sein heftiger Gegensatz zu den französischen Vertretern des Völkerbundes ist allgemein bekannt. Der Londoner Korrespondent des „Echo de Paris" erklärt, daß Lord Cecil den „verhängnisvollen Drang nach Genf" in das Kabinett hereinbringe. Man versichert, daß dieser unglückliche Drang ihn dazu antreiben werde, sich in die auswärtigen Angelegenheiten einzumischen.

Der Mißerfolg Lord Cecils in Amerika.

Wie Georges Clemenceau im November und Dezember 1922 eine Propagandareise für Frankreich nach den Vereinigten Staaten unternahm, die erfolglos blieb, so hat jetzt der begeisterte und rührigste Anwalt des Völkerbundes unter den europäischen Staatsmännern, Lord Robert Cecil, eine solche Reise im Interesse seines Lieblingsgedankens gemacht. Amerikas Präsident Wilson ist zwar der Vater dieses Gedankens, drüben ist aber sonst kaum noch ein Mensch für den Völkerbund eingenommen. Amerika will bei den europäischen Verwicklungen draußen bleiben und verzichtet auf jede Anteilnahme an europäischen Organisationen. Es hat ihm genügt, den Sieg der Ententemächte über die Mittelmächte durch sein Eingreifen zu entscheiden. Nun mögen die europäischen Staaten selbst zusehen, wie sie mit ihren Schwierigkeiten fertig werden. Das ist so die allgemeine Stimmung drüben. Außerdem ist Wilson seit seiner Rückkehr von den Pariser Beratungen 1919 beim amerikanischen Volk in Ungnade gefallen. Der Kongreß versagte dem Friedensvertrag die Bestätigung und der Präsident wurde hierdurch so getroffen, daß sein Verstand ernsthaft Schaden nahm, er seitdem aus dem politischen Leben gänzlich ausschied und sein Einfluß gleich Null ist. Lord Cecil beging nun den schweren taktischen Fehler, diesem kaltgestellten, politisch toten Mann, wohl aus einer sentimentalen Stimmung heraus, gleich nach seiner Ankunft in Washington einen intimen Besuch abzustatten, ehe er dem amtierenden Präsidenten Harding im weißen Hause seine Aufwartung gemacht hatte. Dies wurde nicht nur von den Anhängern der regierenden republikanischen Partei und von den sieben Millionen, die bei den letzten Wahlen gegen die Partei Wilsons, die Demokraten, gestimmt hatten, sondern vom ganzen amerikanischen Volke als eine vorsätzliche Unaufmerksamkeit aufgefaßt. Kein Amerikaner staunte darum, als Präsident Harding wenige Tage darauf die Gelegenheit benutzte, bei einem großen Pressefrühstück in Neuyork in unzweideutiger Weise gegen den Eintritt der Vereinigten Staaten in diesen Bund sich auszusprechen. „Wir werden der Liga nicht beitreten," erklärte Harding, „weder durch die Vordertür, durch eine Seitentür, durch die Hintertür, noch durch ein Kellerloch." Mit diesem scharfen Ausspruch erhärtete der Präsident nur, was die anderen Führer seiner Partei, die Senatoren Watson, Lodge und Borah schon früher betont hatten. Bundessenator Borah in Washington machte nach einem Besuche Lord Cecils der Presse folgende Mitteilung: „Ich habe Herrn Cecil freimütig meine Ansicht erklärt, daß die große Mehrheit des amerikanischen Volkes unwandelbar gegen seinen Plan sei, der uns in die europäische Politik verwickeln würde, mit anderen Worten, daß das amerikanische Volk sich nie einer fremden politischen Organisation anschließen oder an einer gemeinsamen Organisation teilnehmen würde, die von fremden politischen Machthabern beherrscht, geleitet oder beeinflußt werden könnte."

Die Zukunft Rußlands.

Das russische Rätsel gibt jetzt, wo England eine so scharfe Haltung gegen die Sowjets eingenommen hat, zu viel Kopfzerbrechen Anlaß, besonders in Frankreich, wo der Gedanke an ein wiederaufzebautes Rußland eine Reihe von nicht ganz einfachen Problemen aufsteigen läßt. Frankreich selbst ist wegen seiner geographischen Lage nicht imstande, irgendwie aktiv in Rußland aufzutreten, es verfolgt aber naturgemäß mit angespanntem Interesse die ziemlich überraschende Änderung der englischen Politik gegenüber den Sowjets.

In einer Polemik gegen eine Behauptung, die Lloyd George in seiner letzten Unterhausrede aufstellte, daß nämlich England mit Rußland wieder einen ähnlichen Vertrag schließen müsse, wie 1907, schreibt der „Temps":

Vor dem Kriege bestand eine französisch-russische Allianz und eine französisch-englische Entente. In Zukunft aber, dank seinem Bündnis mit Polen und seiner engen Freundschaft mit den Staaten der kleinen Entente, wird Frankreich besser als je imstande sein, den Vermittler zu spielen, natürlich erst an dem Tage, wo es Unterlagen für die Vermittlung geben wird. Bei einem etwaigen Ausscheiden Frankreichs würden übrigens England und Rußland auch nicht im tête à tête bleiben. Ob eingeladen oder nicht, ein anderer Staat würde unfehlbar schließlich als Vermittler zwischen beiden dienen. Dieser Makler würde Deutschland sein. Davon würde nach Meinung des „Temps" weder England noch Rußland einen Gewinn haben.

Die „Humanité" hatte Meldungen gebracht, wonach Großbritannien kriegerische Vorbereitungen trifft in Voraussicht eines Abbruchs der englisch-russischen Beziehungen. Die englische Admiralität veröffentlichte eine Ableugnung, der Londoner Berichterstatter der „Humanité" aber bekundet, daß er trotz der amtlichen Ableugnung Informationen besitzt von einer Umgruppierung der englischen Flotte, die gegen die Sowjetregierung gerichtet ist.

Der Rat des Verbandes der russischen Monarchisten in Paris erließ ein Manifest, das baldigen Sturz der Sowjetregierung in Aussicht stellt. Das Manifest versichert, daß, sobald das Sowjetsystem stürzt, der erste Schritt der gegenrevolutionären Bewegung die Diktatur sein wird, die eine hohe Persönlichkeit übernehmen soll, um möglichst schnell Ruhe und Ordnung in Rußland zu schaffen. „Humanité" nimmt an, daß die hohe Persönlichkeit, auf die die russischen Monarchisten zählen, Großfürst Nikolai Nikolajewitsch ist. An der Spitze der gegenrevolutionären Armee soll General Krasnow stehen. Welche Machtmittel freilich dem russischen Monarchistenverband zur Verfügung stehen, davon erfährt man zurzeit noch nichts.

Das neue litauische Parlament.

Die regierende Partei

der christlichen Demokraten ist klerikal mit einem nationalistischen Einschlag; es wird davon gesprochen, daß sie mit den Volkssozialisten im Parlament eine Koalition bilden werde, so daß sie über eine erdrückende Mehrheit verfügen wird. Der Sejm wird vielleicht schon am 5. Juni zusammentreten und dann nach Erledigung einiger wichtigen Fragen etwa in 3 Wochen zur Staatspräsidentenwahl schreiten; es ist fast mit Sicherheit anzunehmen, daß der bisherige Präsident Stulginski wiedergewählt werden wird.

Die Polen im Kownoer Sejm

sind: Landwirt Buczyński, Verbandspräsident Lutyk, Bäcker Rumpel und Magistratsbeamter (in Kowno) Wolkowski. Der Inhaber des fünften Mandats ist noch nicht festgestellt.

Die Kommunisten in Bochum.

Stillstand der Bochumer Zechen.

In der Nacht zum 25. Mai sind aus Dortmund und dem Gelsenkirchener Bezirk Hundertschaften der Kommunisten eingerückt und haben in der Frühe die Tore und industriellen Werke der Zechen besetzt. Zum Teil sind diese bewaffnet mit dicken Knüppeln und Gummischläuchen. Die meisten Zechen des Bochumer Reviers, obwohl $\frac{5}{6}$ der Belegschaften gegen den Streik sind, liegen still. Da die Zeche Prinzregent außer Betrieb gesetzt ist, sind auch die übrigen 13 Zechen des Deutsch-Luxemburgischen Konzerns gezwungen, die Arbeit einzustellen, da sie von dieser Zeche den elektrischen Strom erhalten. Auf den Werken wurden den Arbeitern 50 Prozent Zulage auf den Märzlohn zugesichert.

Am Sonnabend abend und in der Nacht am Sonntag kam es zu heftigen Kämpfen und Feuergefechten vor dem Bochumer Feuerwehrgebäude. Am folgenden Morgen wurden 2 Tote und 23 Verwundete festgestellt, darunter ein städtischer Beamter und ein Feuerwehrmann. Die kommunistischen Angreifer bestanden überwiegend aus völlig unbekannten Personen.

Zerstörung von Zeitungsräumen.

Im Laufe des Nachmittags des 25. Mai ist es in Bochum zu schweren Zwischenfällen gekommen. Der Streik, der sich auf sämtliche Werke in und um Bochum ausgedehnt hat, hat Formen angenommen, die zeigen, daß die Kommunisten jetzt eine Schreckensherrschaft ausüben. Ein großer Trupp drang heute nachmittag in die Geschäftsstelle des „Bochumer Anzeigers" ein und hat dort die Telephonapparate zerstört, Geschäftspapiere und Zeitungen auf die Straße geschleudert. Vom „Bochumer Anzeiger" begab sich der Trupp zur „Westfälischen Volkszeitung". Hier wurde noch bei weitem schlimmer gehaust. Mittlerweile rückte die alarmierte Feuerwehr an, es kam zu Zusammenstößen mit der Volksmenge, wobei die Feuerwehr mehrere Schüsse auf die Menge abgab, dadurch wurden 5 Personen zum Teil schwer verwundet. Eine Reihe der Ruhestörer wurden verhaftet und mitgenommen. Der größte Teil der Demonstranten zog dann in die westlichen Stadtviertel.

Im Landkreise Dortmund

haben die Kommunisten die Zeche Preußen I bei Lütgen besetzt. Die Polizei säuberte die Anlagen, wobei sie von den Aufrührern mit Revolvern und Maschinenpistolen, von denen die Polizei eine erbeutete, beschossen wurde. Die Polizei befindet sich zurzeit, da sie unter Munitionsmangel leidet, in ernster Gefahr. Die Aufrührer hatten 5 Schwerverletzte. — Im Bezirk Lünen sind durch die Polizei bisher 40 Haupträdelsführer festgenommen und abgeschoben worden.

Beratungen in Berlin.

Am 26. Mai nachmittag trat das Kabinett zu einer Sitzung zusammen, in der neben der Erledigung laufender Angelegenheiten auch die durch den Kommunisten-Aufstand im Ruhrgebiet geschaffene Lage erörtert wurde. Im Verfolg der Besprechungen wurde beschlossen mit den Parteiführern die Lage zu erörtern.

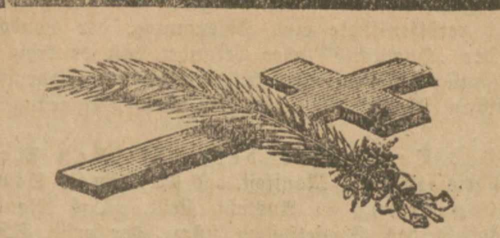
Herriot für schnelle Beendigung der Ruhrbesetzung.

Zu Beginn der Kammersitzung am Freitag ergriff der Abgeordnete Herriot das Wort. Im selben Augenblick betritt der kommunistische Abgeordnete Cachin den Sitzungssaal. Die kommunistischen Abgeordneten rufen „Amnestie!" und begrüßen ihren Führer. Die Royalisten rufen: „Nieder mit dem Senat!"

Herriot äußerte in seiner Rede: Ich gehöre zu denen, die glauben, daß die gegenwärtige Lage so bald wie möglich beendet werden muß. (Beifall links.) Herriot erinnert daran, was sich nach Jena ereignet habe. Napoleon habe beim Friedensschluß niemanden anhören wollen. Er habe Talleyrand durch einen General ersetzt, und die Ergebnisse hätten nicht lange auf sich warten lassen. Sie seien vernichtend gewesen. Wir müssen, so ruft Herriot aus, uns hüten, die Elemente zu fördern, die Deutschland und Preußen entdemokratisieren wollen. Wenn es uns nicht gelingt, in Deutschland vernünftige Elemente zu finden, wenn es nur den Reparationszahlungen feindlich gesinnte Deutsche gibt, dann wären wir gezwungen, nicht nur unsere militärischen Streitkräfte aufrechtzuerhalten, sondern sie auch zu vermehren. Der Abgeordnete richtet einen neuen Appell an die Regierung, eine Verständigung mit England zu suchen, denn die Reparationsfrage könne nicht ohne ein Zusammenarbeiten Frankreichs und Englands gelöst werden. Dann werde Frankreich vor der Welt und besonders vor seinen Feinden als eine Nation dastehen, die großmütig und gerechtsei.

Die Meinung der Elsässer.

Der nächste Redner ist der elsässische Abgeordnete Oberkirch, der erklärt, man müsse so lange im Ruhrgebiet bleiben, bis der große Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland gelöst sei. Wenn Frankreich das nicht wolle, werde es der Besiegte sein und Deutschland werde den Sieg davontragen. Der elsässische Abgeordnete Broglio erklärt, mit Rosenberg im Ministerium des Äußern würde man niemals zu einer friedlichen Lösung kommen, denn Rosenberg sei die Seele des schlechten Geistes, der im deutschen Kabinett herrsche. (!)



Heute früh entschlief sanft nach kurzem, schwerem Leiden unser lieber Bruder, Schwager, Neffe und Vetter, der

Kaufmann

Johannes Kahl

Dies zeigen tiefbetrübt an

Stenszew, den 28. Mai 1923.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 30. Mai d. Js. nachmittags 4 Uhr statt.

Es hat Gott gefallen, am 26. Mai d. Js. in Reitwein durch einen sanften und unerwarteten Tod im 72. Jahre seines reichgesegneten Lebens heimzurufen meinen geliebten Mann, unseren teuren Vater, Schwiegervater und Großvater,

den Reichsgrafen

Günther Finck v. Finckenstein

auf Triebusch und Reitwein.

Im Namen der Hinterbliebenen

Henriette Gräfin Finck von Finckenstein,
geb. Gräfin von der Schulenburg,

Günther Graf Finck von Finckenstein,
Triebusch.

Für die uns erwiesene Teilnahme beim Heimgange unserer lieben Entschlafenen,

Frau Henriette Arlt

danken herzlichst

die trauernden Hinterbliebenen.

Kremserverdeckwagen

für etwa 12 Personen (als Kinderschulwagen)

zu kaufen gesucht. [7267

Angebote erbeten an die **Güterdirektion der Herrschaft Pepowo, pow. Gostyński.**

Ich biete zu ganz besonders **billigen Preisen** zur sofortigen Lieferung ab meinem Lager in Poznań an:

Original Eckert-Grasmäher,

Origin. Eckert-Getreidemäher,

Kreissägen, mit beweglichem Tisch, zum Lang- und Querschneiden,

Walzen-Schrotmühlen „Saxonia",

Schrot- & Backmehl-Mühlen,

mit Kunststeinen und Mehlsichter. (7284

Paul Seler, Poznań, ul. Przemysłowa 28.

Hiesige Herrschaft verkauft

da überzählig: [7266

1 Lanz'sche Strohpresse,

1 Garbenbinder,

1 Pflanzlochmaschine,

1 Düngerstreuer „Westfalika",

2 Grasmäher,

1 Kartoffel-Ausgrabemaschine.

Sämtliche Maschinen sind gut erhalten.

Gutsverwaltung Sypniewo,

Post- und Bahnstation. — Telephon Nr. 1.

Ausschneiden! Ausschneiden!

Postbestellung.

An das **Postamt**

in

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)

für den Monat Juni 1923

Name ....

Wohnort ....

Postanstalt ....

Straße ....

40% deutsches Kali

zur Lieferung prompt oder später, sowie [7226

prima oberschles. Kohle

nach jeder Station empfiehlt

Emil Blum, Opalenica.

Telephon 33.

☐ 30. V. 23, Arb. III. Beamtenwahl.

Eckert Ernte-Maschinen

Lanz Zentrifugen

sind jahrzehntelang erprobte Fabrikate! Sie bleiben unübertroffen, beliebt und bevorzugt in allen Teilen der Welt.

Neu erschienen:

T. Preiß,

Lehrbuch

der einf. u. dopp. italien. u. amerikan. Buchführung.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. v. Verfasser Poznań, ulica Franc. Ratajczaka 29. Preis Mk. 21 000, einschließl. Porto u. Verpackung. Postscheckkonto Poznań 200 080. Besondere Ausgabe in polnischer Sprache.

Pfingstwunsch!

Zwei Junggesellen, bess. Handwerker, 25 und 30 Jahre alt, musikalisch, wünschen pass. Bekanntschaft **hübscher Damen** zwecks späterer

Heirat.

Gefl. Offerten mit Bild unt. **U. B. 7297** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Verkaufe einen gebrauchten, in **sehr gutem Zustand** befindlichen

Dampf-Pflug

16 pferdig, System Fowler, komplett, mit 2 Wasserwagen, Wohnwagen, 5/6 scharigen Pflug und Pumpe.

E. Vogel, Rittergutsbesitzer.

Welnica bei Gniezno.

Suche

4 prima schwere

junge Zugochsen

Czapski, Obra b. Golina.

Trockene Kiefernkloben, Felgen und Speichen

in allen Stärken hat abzugeben [7209

A. Loewissohn, Poznań, Zwierzyniecka 27.

Trockenes Brennholz.

Kloben, Rollen, kesselfertige Stubben

gebe laufend **jede Menge** ab.

E. Mollner, Jasionna, pow. Wronki.



Spielplan des Großen Theaters.

Dienstag, den 29. 5., abends 7½ Uhr: **„Carmen"**, Oper von G. A. Bizet. (Gastspiel Belina-Skupiewski).

Billettvorverkauf im Zigarrengeschäft des Herrn Górski im Hotel Monopol, Ecke ul. Fredy und Sew. Mielżyńskiego.

KINO Colosseum św. Marcin 65.

Vom 28. Mai bis 3. Juni:

Um 8[13] **Das Geheimnis oder des Delta-Club.**

Grosses Detektiv- und Abenteuer-Drama.

Berufslandwirt

in mittleren Jahren, gebildet, tüchtig, wünscht Bekanntschaft mit deutscher Dame, deren Besitztum liquidiert werden soll, um dasselbe bei gegenseitiger Zuneigung durch

Heirat

zu übernehmen. Strengste Diskretion zugesichert. Zuschriften u. Nr. **7303** an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Abschuß einig. starker Böcke

gegen **hohe Abschußprämie gesucht.** Gefl. Offerten u. **P. 7304** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Eine kompl. **Ladeneinrichtung,**

1 Welgersche Strohpresse,

2 Fleischerei-Einrichtungen

stehen **zum Verkauf** bei [7291

Otto Tonn, Rogoźno.

Verkaufe [7295

1 Paar 5jähr. Füchse,

1,70 groß, gute ausdauernde **Wagenpferde.** — Ferner

4jähr. Fuchswallach,

1,63 groß, langschweifig, gut geritten, auch für Dame geeignet.

Gustav Vogt, Leszno, Plac Dr. Metziga Nr. 16.

---

2 Motorräder

„Wanderer", 2 Zylinder, 4 PS., 3 Gänge, und **„Laurent Klement"**, 2 Zylinder, 4 PS., beide sehr gut erhalten, fahrbereit, sind billig **zu verkaufen.**

Majętność Drzeczkowo, pow. Leszno

Telephon: Osieczna 5.

Zu verkaufen:

1 eichen. Eßzimmer,

bestehend aus **Büfett, Serviertisch, Ausziehtisch, 6 Stühle,** ferner **1 Nußbaumschreibtisch, 1 Schaukelbadewanne, 1 Korbmöbelgarnitur: Sopha, Tisch, 4 Sessel.** Alle Teile sehr gut erhalten.

Steffen, Güterdirektor, **Klenka,** Kr. Jarocin, Post Nowemiasto a. W. (7260

Sofort lieferbar, neu:

Poplinski - Dr. Loewenthal

Polnisches

Elementarbuch

geb. **10 000 Mark**

nach auswärts unter Einschreiben bei vorheriger Einsendung des Betrages

11 500 Mark

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., Poznań,

Zwierzyniecka 6.

Dtsch. Schulbücher

sofort zu verkaufen. **Schuhgeschäft Slowackiego 29.**

Ecke-Harmonium (7313

(Eiche), 8 Register, zum Verkauf. **G. Bogs, Poznań,** ul. Dąbrowskiego 36 III. Besichtigung zwisch. **1—2 Uhr.**



Hersteller: **Urbin-Werke, G. m. b. H. Danzig, am Troyl.**

Vertreter: **M. Tita, Poznań, Grochowe Łąki 4.**

Sowjetrußland.

Erzbischof Cieplak im Moskauer Gefängnis.

Aus Moskau wird gemeldet: Kurz nach der Hinrichtung des Prälaten Butkiewicz bildete sich unter den in Moskau wohnenden Polen eine Gruppe zum Zweck der Fürsorge für die im Gefängnis sitzenden katholischen Geistlichen mit dem Erzbischof Cieplak an der Spitze. Es wurde ein Geldbetrag gesammelt, und seitdem erhalten die im Gefängnis sitzenden Geistlichen regelmäßig Lebensmittel und andere Sachzuwendungen.

Massenverhaftung schweizerischer Staatsbürger.

Der „Kurjer Polski" meldet: Nach Nachrichten aus Rußland gehen gegenwärtig in Petersburg, Moskau und Kiew massenweise Verhaftungen schweizerischer Staatsbürger vor sich.

Rußlands Verhandlungen mit Japan

werden von einem Teil der japanischen Bevölkerung und der japanischen Presse lebhaft bekämpft. Unzo Taguchi, das japanische Mitglied der Sowjetmission in Tokio, wurde auf der Straße von japanischen Patrioten angehalten und tätlich mißhandelt. Joffe befindet sich dauernd unter polizeilichem Schutz. Das neue Sowjet-Paßamt in Tokio wurde vorläufig geschlossen.

Die Auslandspolitik der Sowjets.

Der Berichterstatter des „Manchester Guardian" teilt seinem Blatte mit: „Ich erfahre, daß die Sowjets beabsichtigen, an einer polnisch-französisch-russischen Annäherung zu arbeiten. In Moskau ist eine Anzahl französischer Kaufleute eingetroffen, die angeblich mit Weisungen Poincarés versehen sind. In Rußland wird dieser Tatsache große Bedeutung zugewiesen. Gleichzeitig wird hier davon geredet, daß der polnischen Textilindustrie die Tür nach dem Osten geöffnet werden soll. Mit einem Wort, man sucht die bisherigen Gegensätze zu beseitigen und an ihre Stelle freundschaftliche Beziehungen zu setzen."

Aus Stadt und Land.

Posen, 28. Mai.

Fronleichnamsprozessionen.

Die katholische Kirche begeht bekanntlich am Donnerstag nach dem Trinitatissonntage, d. h. also diesmal am Donnerstag, 31. Mai, das Fronleichnamsfest zur Erinnerung an das Wunder der Transsubstantiation von Brot und Wein im heiligen Abendmahl in Leib und Blut Christi. Die alte Kirche kannte dieses Fest noch nicht. Es wurde vielmehr erst im 13. Jahrhundert zum ersten Male in der Diözese Lüttich (1261) gefeiert als Folge einer Vision der Lüttischer Nonne Juliana. Diese sah nämlich im Gebete den vollen Mond mit einer Lücke, und eine innere Offenbarung deutete ihr dies Gesicht dahin, daß in dem Festzyklus der Kirche noch ein Fest zur Verherrlichung des Abendmahlswunders fehle. Das nun in der Diözese Lüttich eingeführte Fronleichnamsfest wurde 1264 vom Papst Urban IV. für die ganze Kirche angeordnet, aber erst seit 1311 allgemein eingeführt. Besonders eindrucksvoll wirkt die Fronleichnamsfeier durch die damit verknüpften Prozessionen, bei denen ein großer Pomp entfaltet wird. In Posen nehmen die Fronleichnamsprozessionen am Fronleichnamstage mit der großen Prozession am Dom und um die Fronleichnamskirche vormittags und nachmittags in der Franziskanerkirche und in der St. Floriankirche in Jersitz ihren Anfang. Sie finden in den nächsten Tagen darauf, wie alljährlich üblich, in folgender Weise statt:

Am Sonntag, 3. Juni, vormittags 9 Uhr, von der Pfarrkirche aus um den Alten Markt; am Nachmittag desselben Tages von der Dominikanerkirche aus um den Alten Markt; am Montag nachmittags 6 Uhr von der St. Martinkirche aus nach dem Petriplatz, durch die Bergstraße und von hier durch den nach der St. Martinstraße zu gelegenen Teil der Wilhelmstraße nach der Kirche zurück; am Dienstag, nachmittags 6 Uhr, von der St. Adalbertkirche durch die St. Adalbertstraße, über den Wronker-, Sapieha- und Kanonenplatz nach der Kirche zurück; am Mittwoch, nachmittags 6 Uhr, in der Margarethenkirche (Philippinerkirche) um den Schrodkamarkt; am Donnerstag, vormittags 9 Uhr, von der Pfarrkirche durch die Jesuiten-, Wasser- und Große Gerberstraße, über den Bernhardinerplatz und von hier aus am Grünen Platz entlang durch die Lange und Schützenstraße nach der unweit des Eichwaldtores gelegenen Fronleichnamskirche, von wo aus die Prozession gegen 12 Uhr mittags durch die Schützenstraße, über den Petriplatz durch die Jesuitenstraße nach der Pfarrkirche zurückzieht. Den Schluß der Prozessionen bildet an demselben Tage, nachmittags 6 Uhr, diejenige von der St. Rochuskirche (Städtchen) und von der Maria Dolorosakirche in St. Lazarus. Die Hauptprozession am Donnerstag am Dom und am Sonntag vormittag in der Pfarrkirche pflegt der Erzbischof zu zelebrieren.

Soziale Fürsorge eines deutschen Großgrundbesitzers

Als eine nachahmenswerte Tat bezeichnet das „Sł. Pom." die soziale Handlung des Grafen von Alvensleben auf Ostrometzko, der den Instleuten des Gutes Wrona, die seit länger als 30 Jahren in seinen Diensten stehen, je 10 Morgen Land zu lebenslänglicher Nutznießung überlassen hat. Auf diese Weise ist verdienten treuen Arbeitern ein gesicherter sorgenfreier Lebensabend bereitet. Das Land wird vom Gut unentgeltlich bearbeitet und auf Kosten der Verwaltung bepflanzt oder besät. Die so bedachten Landarbeiter heißen Franz Włosowski, Ludwig Brac, Johann Michalowski, Johann Tyburski, Josef Cichocki und Władysław Włosowski (d. h. sie sind sämtlich Polen). Wie das Blatt erfährt, plant der Graf eine ähnliche Maßnahme auch auf seinem Gut Katarzynki, das zurzeit in Pacht gegeben ist.

Die Schließung von Volksschulen aus Anlaß ansteckender Krankheiten darf nach einer Verordnung des pommerellischen Wojewoden nur durch den Starosten erfolgen. In sehr dringenden Fällen, wo höchste Gefahr vorliegt, kann auch der Wójt (Amtsvorsteher) die Schließung der Schule anordnen. Er mu jedoch unverzüglich dem Starosten sowie dem Schulkuratorium hiervon Mitteilung machen.

Die Aufkündigung der bisherigen Pfandbriefsysteme. Zu der von der Posener Landschaft geplanten Ausgabe von Roggenrentenbriefen und der damit im Zusammenhang stehenden Aufkündigung aller bisherigen Pfandbriefsysteme erfahren wir auf Anfrage, daß die Maßnahme den Zweck verfolgt, mit den alten den jetzigen Rechnungsbedingungen nicht mehr entsprechenden Werten aufzuräumen und an ihre Stelle reale Werte zu setzen.

Mainebel. Eine immerhin auffällige Naturerscheinung konnte man am gestrigen Sonntage und heut früh beobachten. An beiden Tagen herrschte in den Morgenstunden ein so dichter Nebel, daß man schon auf 30 Meter selbst die höchsten Gegenstände, z. B. den Oberschlesischen Turm, nur in verschwommenen Umrissen erkennen konnte.

Polizeiliche Lebensmittelkontrolle. Im April d. Js. fanden in 84 Stellen Milchrevisionen statt. 13 Milchproben wurden als der Fälschung verdächtig zur chemischen Untersuchung gegeben. Außerdem wurde eine Butterprobe zur Analyse gegeben. Auf die Reinlichkeit und Gesundheitsschädlichkeit wurden kontrolliert: 2182 Fleischverkaufsstellen, 39 Fleischerwerkstätten, 184 Fischverkaufsstellen, 72 Lebensmittelgeschäfte, 19 Konditoreien und Kaffees, 12 Restaurants, 22 Destillationen, 12 Milchläden, 33 Bonbonfabriken, 52 Bäckereien und 46 Friseuranstalten. Auf Grund dieser Revisionen wurde gegen 3 Milchhändler die Untersuchung eingeleitet. Gleichfalls wurde Strafantrag gestellt gegen 3 Inhaber von Lebensmittelgeschäften für die Nichtersichtlichmachung der Preise an Waren und gegen 26 Inhaber von Friseurgeschäften wegen Unreinlichkeit. 760 Liter Milch wurden wegen Fälschung beschlagnahmt.

× **Das Pfingstschießen der Schützengilde** fand gestern abend mit der Proklamierung der Würdenträger seinen Abschluß. Zum Schützenkönig wurde Fleischermeister Stanisław Smólski ausgerufen. Erster Ritter wurde Franciszek Rogoziński, zweiter Ritter Stanisław Żurkiewicz.

Miljonówka. In der letzten Ziehung gewann das Los Nr. 2 875 592, das in der Lodzer Zweigstelle der Polnischen Darlehnskasse gekauft worden war.

× **Rücksichtslose Kraftwagenführer.** Am Sonnabend nachmittag in der zweiten Stunde zogen acht unmittelbar hintereinander fahrende Lastkraftwagen einer Behörde in der Glogauer Straße die Aufmerksamkeit der Vorübergehenden insofern auf sich, als deren Führer durch das gleichzeitige Auspuffen von Benzindämpfen auf die Geruchsnerven des Publikums gefährliche Attacken verübten und sich durch das Auslassen derartiger übler Düfte zu überbieten trachteten. Freundliche Wünsche waren es gerade nicht, die hinter ihnen hergesandt wurden, da eben kein Passant der genannten Straße sich von den Wohlgerüchen retten, sondern sie tatenlos über sich ergehen lassen mußte. Und dabei ist das Auspuffen solcher Benzindämpfen polizeilich verboten. Darum scheint sich aber so mancher Kraftwagenführer ebensowenig zu kümmern, wie um die andere polizeiliche Vorschrift, die ein höheres Kilometertempo als 15 Kilometer in der Stadt den Kraftwagen anzuschlagen bei Polizeistrafe verbietet.

Tödlicher Unfall eines Kindes. Gestern wurde an der Ecke ulica Stawna (fr. Teichstr.) und ul. Wroniecka (fr. Wronker Str.) die 4jährige Lotty Dobrin aus der Św. Wojciech 2 (fr. St. Adalbertstr.) von einem in mäßigem Tempo fahrenden Kraftwagen überfahren und so schwer verletzt, daß sie auf dem Wege zum jüdischen Altersheim, wohin sie zur ärztlichen Behandlung geschafft werden sollte, starb. Nach der Aussage von Zeugen ist das Kind in den Kraftwagen direkt hingelaufen, so daß den Führer kein Verschulden trifft. Jedenfalls gibt der bedauernswerte Fall Anlaß zu einer Mahnung an die Eltern, ihre unerwachsenen Kinder in den Straßen tunlichst nicht unbeaufsichtigt zu lassen.

× **Festnahme von Einbrechern 600 Meter unter der Erde.** Im Januar und Februar d. J. wurde die Gegend von Pudewitz und Gnesen durch verschiedene Raubüberfälle und Einbrüche in Aufregung versetzt. Einige Einbrecher konnten damals festgenommen werden, während es zweien gelang, zu flüchten und anderweitig unterzutauchen. Aber die hiesige Kriminalpolizei heftete sich ihnen an die Fersen, und dieser Tage gelang es einem Posener Kriminalbeamten, die Beiden in einer Kohlengrube bei Kattowitz ausfindig zu machen und zwar 600 Meter unter der Erde und dort festzunehmen. Es handelt sich um die Gebrüder Michael und Peter Łóziak aus Posen. Sie wurden hierher gebracht und sind geständig, an den Raubüberfällen beteiligt gewesen zu sein.

Das Kino Apollo sieht sich, wie es uns mitzuteilen bittet, gezwungen, wegen des unerhörten Erfolges der 2. Serie der „Gräfin von Paris", die den Titel „Der Apache" trägt, von Dienstag ab täglich drei Vorführungen zu geben, und zwar um 4½, 6½ und 8½ Uhr. Es empfiehlt sich, die Eintrittskarten schon im Vorverkauf von 12—2 Uhr zu erwerben.

× **Beschlagnahmte Diebesbeuten.** Auf dem dritten Polizeikommissariat in der ul. Przemysłowa (fr. Margaretenstr.) in Wilda befinden sich zwei, vermutlich aus Diebstählen herrührende beschlagnahmte Dezimalwagen, die eine rot, die andere grün, mit einem Ladegewicht bis zu 6 Zentnern; ferner ein Gasgewindeschneider mit dem Durchmesser 21. Die Eigentümer können sich in dem genannten Polizeirevier melden. — Ferner lagert auf dem 1. Polizeikommissariat in der Großen Gerberstraße eine Korbflasche mit 18 Litern Kognak und 35 bunte seidene Kopftücher, sowie 5 bunte seidene Zipfelmützen, die ebenfalls irgendwo gestohlen worden sind. Die rechtmäßigen Eigentümer können sich in dem genannten Polizeikommissariat melden.

× **Fahrraddiebstahl.** In Główna wurde aus dem Hause Fabrikstraße 13 ein Fahrrad, Marke „Fortuna", mit gerader Lenkstange, im Werte von 400 000 Mk. gestohlen.

---

* **Briesen,** 26. Mai. Vor einiger Zeit berichteten wir nach pommerellischen Blättern über das Auffinden zweier Kinderleichen in Richnau (Kreis Briesen). Jetzt hat die Polizei eine der Kindesmörderinnen festgestellt und verhaftet. — Einen bewegten Straßenauftritt erlebten kürzlich die Bewohner der Mickiewiczastraße. Ein angeheiterter Herr hatte seinen Stock gegen eine Frau K. erhoben. Die entschlußfähige Frau entriß ihrem Angreifer den Stock und verprügelte ihn mit seinem eigenen Fortbewegungshilfsmittel — nachdem sie den Vertretern des starken Geschlechts schmählich zu Boden geworfen hatte — derart, daß er noch heute von der Erinnerung zehrt.

* **Kulmsee,** 24. Mai. Ein hiesiger Arbeiter ging in benachbarte Orte, u. a. nach Pluskowenz, gab sich dort als Kriminalbeamter aus und nahm „Revisionen" vor, wobei er sein Augenmerk vornehmlich auf fremde Valuten richtete. Er nahm sogar Protokolle auf, erteilte Quittungen usw., bis er an den Unrechten kam und ausrücken mußte. Die Polizei nahm die Angelegenheit in die Hand, und die schöne Handschrift in Verbindung mit orthographischen Fehlern führten zur Feststellung des falschen Kriminalbeamten.

p. Gnesen, 27. Mai. Auf dem hiesigen Bahnhofe wurde gestern ein Reisender beim Einsteigen in den Thorner Zug um seine dreikapselige goldene Uhr mit Kette von einem gewandten Taschendiebe erleichtert.

Aus dem Gerichtssaal.

□ **Posen,** 27. Mai. Der verwegene Raubüberfall auf den Lehrer Droszeg aus Komorniki, Kr. Posen-West, über den wir s. Zt. ausführlich berichtet hatten, hat jetzt vor der dritten Strafkammer seine gerechte Sühne gefunden. Droszeg befand sich vor einigen Wochen in Begleitung seiner Frau und einer anderen Einwohnerin von Komorniki mit seinem Fuhrwerk auf dem Wege von Posen, wo er 2 700 000 Mk. Lehrergehälter abgehoben hatte, nach Komorniki. Unterwegs wurde er plötzlich von einem aus Oberschlesien stammenden, zuletzt in Posen wohnhaften Former Franz Waszny mit vorgehaltenem Revolver überfallen und um die genannte Summe erleichtert. Droszeg fuhr jedoch schleunigst nach Komorniki und alarmierte die dortigen Dorfbewohner. Diese verfolgten den kühnen Räuber, holten ihn bald ein und übten nun an ihm eine so prompte Lynchjustiz, daß er zu seiner Wiederherstellung erst einmal einige Wochen im Posener Stadtkrankenhause zubringen mußte. Obendrein verurteilte ihn jetzt die Strafkammer zu fünf Jahren Zuchthaus. Er hat jetzt somit Gelegenheit, über sein Heldenstück längere Zeit nachzudenken.

Geschäftliche Mitteilungen.

= Eine fast unglaubliche Tatsache ist, daß das Publikum noch immer darauf aufmerksam gemacht werden muß, an den Schuhen Berson-Gummiabsätze und Gummisohlen anzubringen, obwohl das Tragen derselben so viele Vorteile bietet. Billig, haltbarer als Leder und Schonung der Nerven sind einige der vielen Vorzüge.

Briefkasten der Schriftleitung.

O. G. in P. Der Verkäufer hält vermutlich deshalb mit der Auflassung zurück, weil er den niedrigen Preis bereut. Gezwungen werden kann er zur Erteilung der Auflassung unter den angegebenen Verhältnissen kaum. Wir würden eine gütliche Einigung einem Prozesse vorziehen.

D. T. D. Ihrem Wunsche werden wir gern entsprechen, sobald wir dazu in der Lage sind. Das hängt jedoch von der Festsetzung des Warschauer Ministeriums ab. In der Sonntagausgabe finden Sie den für die landwirtschaftlichen Arbeiterlöhne zugrunde zu legenden Roggenpreis für April und Mai.

M. W. Erheben Sie gegen die Beschlagnahme Ihrer Wohnung Einspruch bei Ihrem zuständigen Starosten.

E. T. in L. 1. Da der Versicherungsvertrag durch einen Schwindel des Agenten zustande gekommen ist, sind Sie zur Einlösung der Prämienquittung nicht verpflichtet. 2. Weder in Gold- noch in Roggenwährung.

Kurse der Posener Börse.

(Ohne Gewähr.)

	28. Mai	25. Mai
Bankaktien:		
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VII. Em. o. Bezr.	7750	7750—8000
Bank Poznański I.—II. Em.	14 000—15 000	18 000—15 000
Bank Przemysłowców I. Em.	8500-10 000-9500	9000-7800-8700
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-X. Em.	16 500	17 000—16 500
Polski Bank Handl., Poznań I.-VIII.	12 000	12 000
Wielkop. Bank Rolniczy I.-IV. Em.	2000	—,—
Bank Młynarzy	2000—1900	2000—1900
Bank M. Stadthagen-Bydgoszcz I.—IV. Em. (exkl. Kup.)	—,—	10 000
Industrieaktien:		
Arcona I.—IV. Em.	—,—	8500—9000
Bydgoska Fabryka Mydeł I.-II. Em. (o. Kup.)	5000	5000
R. Barcikowski I.—IV. Em.	—,—	7500
Browar Krotoszyński I.—IV. Em.	55 000—54 000	55 000—57 000—56 000
Brzeski Auto I.—II. Em.	11 000	—,—
H. Cegielski I.—VIII. Em. (St. abgest.)	5750-5400-5500	5000-6000-5500
Centrala Rolników I.—VI. Em.	4200-4000-4100	4250—4200
Centrala Skór I.—IV. Em.	15 500—16 500	17 000—16 000
Garbarnia Sawicki, Opalenica I. Em.	—,—	4500
Dębienko I.—II. Em.	11 000	—,—
C. Hartwig I.—V. Em.	4500-4200-4300	4100-4250-4200
Hartwig Kantorowicz I. Em.	—,—	40 000
Hurtownia Drogeryjna I.—III. Em.	1200	1200
Hurtownia Związkowa I.—III. Em	1800-2200-2100	1500—1750
Hurtownia Skór I.—III. o. Kup.	5300	—,—
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em.	28 000—27 000	27 000
Hurt. Spółek Spożywców I.-II. Em.	5000-6000-5500	—,—
Juno I. Em. (o. Kupons)	7000	7000
Luban, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV.	200 000-210 000	200 000
Dr. Roman May I.—IV. Em.	75 000	80 000—75 000
Orient I.—II. Em.	4000	3500
S. Pendowski I. Em.	7000—7300	7300—7500
Płótno I.—II. Em. (exkl. Kupon)	8500—8000	8000—7750
Papiernia, Bydgoszcz I.—III. Em.	20 000	—,—
Patria I.—VII. Em.	7000—6600	7500—6750
Pozn. Spółka Drzewna I.-VI. o. Kup.	31 000—29 000	31 000—30 000
Spółka Stolarska I.—II. Em.	3000	25 000—30 000—28 000
Sarmatia I.—II. Em.	10 000	—,—
Tkanina I.—IV. Em.	9000	—,—
Tri I.—III. Em.	7000	7000
„Unja" (früher Bentzki) I. u. II. Em.	30 000	30 000
Waggon Ostrowo I.—IV. Em.	14 000	—,—
Wytwornia Chemiczna I.—IV. Em.	4650—4500	4800—4200
Wyroby Ceramiczne I. Em.	29 000	29 000
Zjedn. Browar. Grodziskie I.—II. Em. (exkl. Kupon)	24 000	25 000—24 000

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Polen und Oststaaten: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil: Dr. Martin Meister; für Handel und Wirtschaft: i. V.: Dr. Martin Meister; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer; für den übrigen unpolitischen Teil: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Posen.

Handel und Wirtschaft.

Handel.

Danziger Privat-Aktien-Bank. In der Sitzung des Verwaltungsrates vom 24. d. Mts. wurde die Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung per 31. Dezember 1922 vorgelegt und beschlossen, der am 12. Juni d. Js. stattfindenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 100 Prozent (12½ Prozent im Vorjahre) auf die alten Aktien und 50 Prozent auf die jungen Aktien Emission 1922 zur Verteilung zu bringen. Kollektiv-Prokura erhielten die Herren: Hans Ellerholz, Willy Krampe, Fritz Leckies, Franz Spode, Karl Schumacher, Otto Zingel bei der Zentrale. Ferner wurden zu Bevollmächtigten der Zentrale die Herren Ernst Max Oehlert, Carl Preuß, Herbert Puttkammer, Herbert Schulz, Fritz Wilcke ernannt.

Bank Cukrownictwa hält am 30. Mai im Posener Landschaftsgebäude um 11½ Uhr vormittags ihre Generalversammlung ab.

Trennung der Devisen- und Markkonten bei der „Berliner Handelsgesellschaft". In ihren Bilanzen pflegen die deutschen Banken die Markdepositen und die Valutadepositen, d. h. die Konten in fremder Währung, nicht getrennt auszuweisen. Zum ersten Mal ist dies bei einer Berliner Großbank, der Berliner Handelsgesellschaft, geschehen. Diese Bank weist in ihrer Bilanz per 31. Dezember 1922 ein Devisen-Depositenkonto in Höhe von zirka 28,5 Millionen Goldmark aus, das sind nach dem damaligen Kurs 50 Milliarden Papiermark. Demgegenüber betragen die gesamten Papiermarkeinlagen nur zirka 28 Milliarden, also etwa die Hälfte. Man kann aus diesen Ziffern symptomisch erkennen, wie sehr die Devisenkonten die Papiermarkkonten verdrängt haben. Allerdings dürfen die Ziffern der Berliner Handelsgesellschaft, die innerhalb der deutschen Großbanken eine gewisse Sonderstellung einnimmt, nicht verallgemeinert werden. Bei den anderen Großbanken sind die Deviseneinlagen der Kundschaft gegenüber den Markdepositen wahrscheinlich bei weitem nicht so groß.

Eine Tagung des Verbandes deutscher Privatbankiers. Die zweite ordentliche Mitgliederversammlung des Verbandes deutscher Privatbankiers findet am 9. und 10. Juni in Oberhof (Thüringen) statt. Neben den Verbandsangelegenheiten steht auf der Tagesordnung die Frage des Überganges zu einer zukünftigen stabilen Währung. Über „Goldmarkverrechnung, Goldmarkkonten, Goldmarkbilanzen" referierte Bankier Leopold Merzbach (Frankfurt a. M.) über „Geldmark und Diskontpolitik" Staatsminister a. D. Sivkovich, M. d. R. (Berlin).

Wirtschaft.

Anschuldigung gegen das Hauptlebensmittelamt in Posen. Der Bielitzer „Schlesische Zeitung" wird aus Warschau unter dem 24. d. Mts. telegraphiert: Gelegentlich der letzten Sitzung des wirtschaftlichen Komitees des Ministerrates wurde im Zusammenhange mit der Aktion des außerordentlichen Kommissars zur Bekämpfung der Teuerung beschlossen, eine spezielle Konferenz über die Frage des Hauptlebensmittelamtes in Posen einzuberufen. Bei dieser Konferenz wird auch die Frage der staatlichen Ankäufe von Getreide besprochen werden. Es stellte sich heraus, daß das Hauptlebensmittelamt in Posen leider zur Verteuerung des Getreides beigetragen hat.

Ausfuhr von 12 000 Waggons Zucker genehmigt. In der letzten Sitzung des Ministerial-Wirtschaftsausschusses wurde die Frage der Ausfuhr von Zucker aus der kommenden Kampagne besprochen. Das Finanzministerium hat auf Grund des Wirtschaftsausschußbeschlusses die Ausfuhr von 12000 Waggons Zucker aus der Kampagne 1923/24 genehmigt. Im Zusammenhang damit werden der Zuckerindustrie keine Kredite der Polnischen Landesdarlehnskasse zugute kommen, was eine Verringerung der Banknotenemission gestattet. (Für die Finanzierung der Zuckerkampagne sind ungefähr 700 Milliarden Mark nötig, die der Fiskus durch neue Emissionen decken müßte.) Die Sicherstellung des Inlandsbedarfs ist um 30 Prozent höher als im Vorjahre. Die Verbrauchsmengen kommen dem Vorkriegsverbrauch an Zucker in Polen gleich. Die Zuckerindustriellen sind verpflichtet worden, in der kommenden Kampagne die Preise mit Zustimmung des Finanzministeriums zu regeln.

Börsen.

Auf dem Lemberger Aktienmarkt notierten am Freitag voriger Woche in Tausenden Mark Cegielski 56—57, Przemysł Węglowy 7—7.5, Polska Foresta 27—28, Azot 37—38, Nithrat 18—18.5, Gazy Ziemne 550.

Die polnische Reichsbank zahlte am 25. Mai für Goldmünzen (in Klammern für Silbermünzen) folgende Preise: Rubel 24 227 (14 400), deutsche Mark 11 218 (4 000), österreichische Kronen 9 540 (8 888), Dollars 47 104 (19 248), Pfund Sterling 229 202, holländische Gulden 18 931 (7560), skandinavische Kronen 12 620 (4 800), österr. Dukaten 107 741, belgischer und holländischer 107 491. 1 Gramm Feingold 21 302 (800).

Aktienhausse in Deutschland. Ausverkauf — diesen Eindruck gewinnt man von den jetzigen Vorgängen an den Börsen. Ausverkauf auch im Inlande. Die großen Industriekonzerne, die offenbar als Endresultat der Reparationsfrage eine Internationalisierung der deutschen Wirtschaft befürchten, rüsten sich für künftige Machtkämpfe durch Erweiterung und Abrundung ihrer Einflußsphäre. Das Publikum sieht in dem Erwerb von Industriepapieren die einzige Rettung vor den Fallstricken der Geldentwertung. Selbst die Wahrscheinlichkeit, daß die deutsche Industrie für Reparationszwecke große Opfer wird bringen müssen, ja selbst die Annahme, daß sich die Aushändigung eines hohen Prozentsatzes der Aktienkapitalien für Reparationszwecke nicht werde vermeiden lassen, vermögen nicht, diesen Ansturm auf den noch nicht gebundenen Effektenbesitz zu mildern. Da das Publikum nicht über so große Mittel verfügt, um die führenden Montanwerte zu erwerben, deren Kurse angesichts des Aufkaufes dieser Werte durch mächtige inländische und ausländische Industriegruppen einen Hunderttausender nach dem anderen nehmen, so kauft es vor allem die relativ niedrig stehenden Papiere, in der Hoffnung, daß die gewaltigen Kurssteigerungen der führenden Papiere das übrige Kursniveau nivellierend allmählich ebenfalls nach oben ziehen werden. Die Börsenspekulation selbst unterscheidet sehr scharf zwischen Substanzwerten, d. h. Werten, die ihre Friedenssubstanz ganz oder fast ganz erhalten haben, und reinen Papiermarkwerten. Sie bevorzugt angesichts der undurchsichtigen Rohstoffrage die Aktien solcher Gesellschaften, die entweder über eigene Rohstofflager und Brennstofflager verfügen oder sich in der Nähe solcher Lager befinden.

An der Berliner Produktenbörse vom 26. Mai wurde märkischer Roggen mit 87 000—87 500 M. für 50 Kilogramm bezahlt.

Von den Märkten.

(Ohne Gewähr.)

Naphtha und Naphthaprodukte. Die Stabilisierung auf dem Warschauer Petroleummarkt ist parallel zum Sturz der Mark ernstlich erschüttert worden. Die steigende Tendenz ist sowohl durch neue Projekte mehrfacher Erhöhung der Steuersätze hervorgerufen worden. Das Angebot ist genügend. Notiert wurden in Waggonladungen loko Warschau pro Kilo folgende Preise: Automobilbenzin 4500—4700, Naphtha zur Beleuchtung 1800 bis 1850, Gasöl 1100, Lichte 4300. In Fässern notierten pro Kilo: Leichtbenzin (0,720) 7000, Automobilbenzin (0,745) 5300, Naphtha 2100, Automobilöl I. Gattung 5000, II. Gattung 4000.

Metalle. In Warschau notierte Messingblech und Zinkblech pro Kilo loko Hütte folgendermaßen: Messingblech 0,2 bis 025 mm 26 410, 0,3 mm 25 175, 0,4 mm 24 710, 0 5 mm 24 430, 0,6 mm 238 0, 0,8 mm 23 210, 1 mm 22 470, 1.5 mm 22 120 2 mm 22 030, 3,6 mm 21 945 Mk., loko Lager Warschau plus 600 Mark. Zinkblech 0,5 mm 7 200 Mark, 0,525 mm 7 100, 0,55 mm 7 000, 0,6 mm 6 050, loko Fabrik.

Düngemittel. Werkspreise in Poln.-Oberschlesien: Schwefelsaures Ammoniak 12 400 Pmk. per Kilogramm % N ab oberschlesische Werkstation. Kalkstickstoff 9300 Pmk. per Kilogramm % N ab oberschlesische Werkstation. Thomasmehl 3300 Pmk. per Kilogramm % P_2O_5 ab oberschlesische Werkstation. Superphosphat 3900 Pmk per Kilogramm % P_2O_5 ab oberschlesische Werkstation. Die Kalipreise werden ab 1. Juni um 40 Prozent für deutsches Kali erhöht.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 28. Mai 1923.

(Ohne Gewähr.)

Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Roggen	118 000—128 000	Roggenmehl (inkl. Säcke)	196 000—206 000
Braugerste	100 000—105 000	Weizenkleie	62 000
Hafer	133 000—138 000	Roggenkleie	62 000
Weizenmehl (inkl. Säcke)	330 000—340 000	Fabrikkartoffeln	—,—

Schwache Zufuhren. — Tendenz: lebhaft.

Danziger Mittagskurse vom 28. Mai.

Die polnische Mark in Danzig .... 108—110

Der Dollar in Danzig .... 61 000—62 250

Warschauer Börse vom 26. Mai.

Devisen:

Belgien	3010—3000	Paris	3507½—3450
Berlin	96—95	Prag	1590—1577
Danzig	96—95	Schweiz	9567½—9515
London	245 500-246 500-244 100	Wien	76—75
Neuyork	55 000—52 750	Italien	2550—2537
Holland	20 800—20 700	Helsingfors	1495